

Projektland: DR Kongo

**Quartal/Jahr: Juli bis September
2010**

Schlagzeilen:

- Die Situation im Osten der DR Kongo hat sich für die Zivilgesellschaft weiter verschlimmert. Erneut kam es zu brutalsten Massenvergewaltigungen im Nord-Kivu. Das militärische Vorgehen gegen die FDLR in beiden Kivu-Provinzen wurde fortgesetzt. Im Ituri / Provinz Orientale, um die Stadt Beni an der ugandischen Grenze, kam es erneut zu Auseinandersetzungen zwischen der kongolesischen Armee und den Rebellen der ADF-Nalu. Allein um die Stadt Beni sind 100.000 Menschen auf der Flucht; insgesamt wird die Zahl der Kriegsflüchtlinge im Ost-Kongo auf 1,8 Mio. geschätzt. In Uele / Provinz Orientale sind die ugandischen Rebellen der LRA aktiv und setzen ihre Raubzüge durch die lokalen Dörfer fort. Die UN-Mission in der DR Kongo scheint nicht in der Lage zu sein, diese Übergriffe und Auseinandersetzungen zu verhindern, wird jedoch zukünftig sein Engagement im Kongo verringern.
- Die Vereinten Nationen haben einen Sonderbericht zu den Menschenrechtsverletzungen in der DR Kongo zwischen 1993 - 2003 veröffentlicht. Hierin wird vor allem die ruandische Regierung beschuldigt, systematische Massaker an der kongolesischen Zivilbevölkerung und an ruandischen Hutu-Flüchtlingen begangen zu haben.
- Die Unabhängige Wahlkommission (CEI) hat offiziell die Kampagne für die Präsidentschaftswahlen 2011 eröffnet und hat einen ersten Wahlkalender veröffentlicht. Die Oppositionspartei UDPS unter Etienne Tshisekedi hat bereits angekündigt, den Wahlprozess dieses Mal nicht mehr zu boykottieren und an den Wahlen teilzunehmen. Über eine mögliche Zusammenarbeit zwischen Vital Kamerhe und der MLC von Jean-Pierre Bemba, den wohl beiden größten Konkurrenten von Präsident Kabila, wird spekuliert.
- Sämtliche Minenaktivitäten im Osten des Landes wurden von der Regierung verboten. Nichtsdestotrotz werden diese Minen nun weiterhin illegal, zumeist von Soldaten und Rebellen, ausgebeutet.
- Auch die Lage für Vertreter von Menschenrechtsorganisationen hat sich in den zurückliegenden 4 Monaten, seit dem Tod von Floribert Chebeya, merklich verschlechtert. Immer mehr Vertreter verschwinden oder sterben unter mysteriösen Umständen.

1. Die Lage im Osten

Die Lage für die Zivilgesellschaft im gesamten Osten der DR Kongo verschlimmert sich augenscheinlich. Im Berichtszeitraum wurde ein weiteres Massaker an der lokalen Bevölkerung im Nord-Kivu aufgedeckt: Etwa 200 Soldaten der ruandischen Hutu-Rebellen der FDLR haben „in Zusammenarbeit“ mit den kongolesischen Mai-Mai Rebellen der Gruppierung „Cheka“ zwischen dem 30. Juli und 02. August 2010 in drei Tagen 235 Frauen, 52 Mädchen, 13 Männer und 3 Knaben im Distrikt Walikale in den Dörfern Mpofi und Luvungi systematisch und gruppenweise vergewaltigt und misshandelt. Weiter wurden 923 Häuser

und 42 Geschäfte geplündert, und 116 Personen entführt. Nach einem UN-Untersuchungsbericht handelte es sich hierbei um eine Strafaktion der Rebellen, die in den Bewohnern der beiden Dörfer Kollaborateure mit der kongolesischen Armee sahen. Diese Massenvergewaltigungen sind leider seit nunmehr 14 Jahren Bestandteil des täglichen Lebens in beiden Kivu-Provinzen und sollen die Opfer brechen und psychisch vernichten. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon zeigte sich „bestürzt“ über diesen Vorfall. Dies vor allem wohl auch deswegen, da ein etwa 25 Mann starkes MONUSCO- Kontingent in der Nähe des Tatortes stationiert war, jedoch nicht zum Schutze der Zivilbevölkerung eingriff. In einem UN-Untersuchungsbericht wurde anschließend festgestellt, das Ausmaß und die Perversion dieser Vergewaltigungen seien unvorstellbar und seien systematisch und kaltblütig ausgeführt worden. Gleichzeitig räumte die UN auch ein Fehlverhalten seiner Soldaten ein. Als Reaktion auf diesen Sonderbericht wurde von der MONUSCO Anfang Oktober aufgrund der begangenen Vergewaltigungen ein militärischer Führer der Mai-Mai Rebellen der „Cheka“ verhaftet.

Unvermindert ging des Weiteren in beiden Kivu-Provinzen das militärische Vorgehen von kongolesischer Armee, logistisch unterstützt von der MONUSCO, gegen die ruandischen Hutu-Rebellen der FDLR weiter. Hierbei kommt es auch weiterhin zu Übergriffen auf Zivilisten von Soldaten beider Lager. Bei einem Übergriff auf das Camp der MONUSCO in Kirumba / Nord-Kivu wurden drei indische Blauhelme getötet. Die seit etwas über einem Jahr in die kongolesische Armee integrierten, ehemaligen kongolesischen Tutsi-Rebellen der CNDP drohen zeitgleich mit ihrem Ausstieg aus den gemeinsamen Truppen. Grund dieser Warnung ist die Absicht der kongolesischen Regierung, die ehemaligen CNDP-Soldaten in Zukunft landesweit, vor allem auch in der Hauptstadt Kinshasa, zu stationieren, um damit die noch immer intakten alten CNDP-Strukturen im Nord-Kivu zu zersplittern. Offiziell begründen die Soldaten ihre Drohung damit, es sei ihnen bei der Bildung der gemischten Truppen zugesagt worden, sie würden bei ihren Familien im Kivu bleiben.

Auch die Entwicklungen in der Provinz Orientale im Nord-Osten des Kongos sind kaum weniger erfreulich. Im Grenzgebiet zu Uganda im Distrikt Ituri, im Umkreis der Stadt Bunia, bekämpfen sich weiterhin die Rebellen der AFD-Nalu und die kongolesische Armee. Ebenso wie im Kivu sind Leidtragende dieser Auseinandersetzungen erneut die Zivilisten. Wobei auch hier die Übergriffe von Soldaten beider Seiten verübt werden. Allein um die Stadt Bunia befinden sich etwa 100.000 Menschen auf der Flucht. Aufgrund dieser Lage können in der rohstoffreichen Region derzeit die natürlichen Ressourcen nicht geordnet ausgebeutet werden.

Ebenfalls in der Provinz Orientale in den beiden Uèle-Distrikten sind nach wie vor die ugandischen Rebellen der LRA aktiv und überfallen weiterhin Dörfern und rauben dort vor allem Kinder. Dieser werden dann später vermutlich als Kindersoldaten und Sexsklaven eingesetzt. Insgesamt schätzt Human Right Watch, dass sich im Ostkongo derzeit 1,8 Mio. Menschen auf der Flucht vor den jeweiligen Auseinandersetzungen befinden.

Vor diesen Ereignissen und Angaben ist es beängstigend, dass die UN-Mission MONUSCO seine Präsenz auch im Ostkongo reduziert und bereits, freilich in Absprache mit der kongolesischen Regierung, sein Budget gekürzt hat. Insbesondere wird die MONUSCO die Anzahl seiner Kampfhubschrauber im Ostkongo erheblich reduzieren. Es ist vor allem zu befürchten, dass ohne die MONUSCO, die zwar auch bisher schon nicht den besten Ruf in der Bevölkerung genießt, sich die Lage für die Zivilbevölkerung weiter verschlechtern wird.

2. Bergbauverbot im Kivu

Präsident Kabila hat in den Provinzen Maniema, Nord- und Süd-Kivu die Suspendierung sämtlicher Minenaktivitäten angeordnet. Ziel dieser Maßnahme ist die Zerschlagung der Aktivitäten und Finanzierung der in der Region agierenden Rebellengruppen, die Bekämpfung des Schmuggels und die Sanierung der Mineralienwirtschaft. Vor allem zielte

diese Maßnahme gegen die FDLR, die sich noch 2009 mit mehreren Millionen US\$ durch die Ausbeutung von Mineralien finanzierte. Die Suspendierung des Bergbaus kann durchaus auch als Reaktion auf die Verlängerung des Verbots des Imports von Mineralien aus Konfliktgebieten durch die US amerikanische Regierung gewertet werden.

Problematisch an dieser Entscheidung ist, dass die genannten Provinzen vor allem vom Mineralienexport abhängen. Die Mineralien wurden teils legal, teils illegal (durch Rebellengruppen oder auch durch Regierungssoldaten) ausgebeutet. Das Verbot der Betreibung der Mineralien bewirkt nun, dass vor allem die legal betriebenen Mineralien schließen mussten. Die illegal betriebenen Mineralien werden jedoch weiter fortgeführt. Auch gibt es Berichte, dass die geschlossenen Mineralien nun von Rebellen oder Soldaten übernommen worden und die dort arbeitende Bevölkerung fortgejagt wurde. Den Zivilisten in den Mineraliengebieten wurde durch diese Entscheidung ihre Arbeit und somit Lebensgrundlage genommen. Die ersten Flüchtlinge treffen bereits in der Stadt Bukavu ein. Aber auch die Provinzen selber leiden unter dieser Entscheidung, da ihnen nahezu sämtliche Steuereinnahmen und Exportzölle entgehen. Gleichzeitig bricht in den Handelszentren Bukavu, Goma, Butembo auch der Geldkreislauf zusammen, da keine Mineralien mehr in den Städten umgesetzt werden können und somit auch keine Waren und Lebensmittel mehr importiert werden können.

3. UN-Sonderbericht zu den Menschenrechtsverletzungen

Die Menschenrechtsbeauftragte der Vereinten Nationen, Navi Pillay, hat zum 01. Oktober 2010 einen Sonderbericht über die Verbrechen im Kongo zwischen 1993 und 2003 veröffentlicht. Bereits im Vorfeld war dieser Bericht sehr kontrovers diskutiert worden und vor allem die ruandische Regierung drohte, im Falle seiner Veröffentlichung seine Zusammenarbeit mit der UN, vor allem die Entsendung von Truppen für die UN in die Darfur-Region (Sudan) einzustellen. In dem 545 Seiten starken Bericht wurden über 600 tödliche Vorfälle, auch Massaker, detailliert aufgelistet. Den Regierungen von Ruanda, Uganda, Burundi und Angola wurden hierin Beteiligung an Folter, Vergewaltigung und Massakern vorgeworfen. Ebenso seien aber auch mindestens 21 kongolesische, bewaffnete Gruppierungen (inklusive Regierungsarmee) an den Gräueltaten und Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Mindestens 30.000 Minderjährige seien von den Beschuldigten zu sogenannten Kindersoldaten ausgebildet worden. Alle Parteien hätten sich auch an den Bodenschätzen der DR Kongo bereichert.

Nahezu alle beschuldigten Länder zeigten sich empört und überrascht über diesen Bericht. Von kongolesischer Seite hielt sich die Kritik jedoch in Grenzen. Vor allem Ruanda versuchte, die Veröffentlichung des Berichts zu verhindern. Man beklagte, der Bericht würde die ruandische Geschichte falsch darstellen und den Tatbestand des ruandischen Genozids von 1994 umdrehen. Insbesondere hätte die ruandische Regierung Hutu-Flüchtlingslager im Kongo zur Selbstverteidigung angreifen müssen. Der Bericht endet mit der Empfehlung an die kongolesische Regierung, die Gräueltaten mit internationaler Hilfe gerichtlich aufzuarbeiten. Eine Stellungnahme der kongolesischen Regierung auf diese Empfehlung steht noch aus.

4. Der Wahlprozess / Präsidentschaftswahlen 2011

Der Präsident der Unabhängigen Wahlkommission (Commission Electorale Indépendante – CEI), Abbé Apollinaire Malu-Malu, hat am 09. August 2010 den Wahlkalender für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr vorgestellt. Demnach soll die erste Runde der Präsidentschaftswahlen und die Parlamentswahlen am 27.11.2011 stattfinden. Eine mögliche Stichwahl zwischen den beiden siegreichen Kandidaten der Präsidentschaftswahlen und die Provinzparlamentswahlen sind demnach für den 26.02.2012 vorgesehen. Insgesamt verfügt der Wahlkalender für die Jahre 2011 – 2013 über ein Gesamtbudget von 715 Mio. US\$, von denen 367 Mio. US\$ von der kongolesischen

Regierung aufgebracht werden muss. Der Rest wird von internationalen Gebern und der MONUSCO gezahlt.

Die letzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen waren noch nahezu vollständig fremdfinanziert. Nichtsdestotrotz wurden diese über ein Jahr lang immer wieder verschoben. Vor diesem Hintergrund erscheint es fraglich, ob tatsächlich im Jahr 2011 Wahlen in der DR Kongo stattfinden, da bisher noch unklar ist, wie und ob die kongolesische Regierung ihre Beteiligung aufbringen kann.

Fraglich erscheint auch, inwiefern der noch von der CEI publizierte Wahlkalender von der noch neu zu gründenden Unabhängigen Nationalen Wahlkommission (Commission Nationale Electorale Indépendante - CENI) akzeptiert wird. Gemäss Verfassung von 2005 müssen die Wahlen von einer Wahlkommission organisiert werden, die ausschließlich aus Mitgliedern der im Parlament vertretenen Parteien besteht (4 Mitglieder der Regierungskoalition und 3 Mitglieder der Opposition). Die Mitglieder bleiben 6 Jahre im Amt und ihr Mandat ist nicht verlängerbar. Im Gegensatz hierzu war die CEI noch ein Instrument der Transitionsphase (2002 – 2006) und wurde von einem Mitglied der Zivilgesellschaft geführt (Malu-Malu). Am 30. Juli hat nun Präsident Kabila das Gesetz zur Bildung der neuen CENI in Kraft gesetzt. Seitdem finden intensive Diskussionen zwischen den Parteien über die jeweiligen Mitglieder statt. Bisher kam es jedoch noch zu keiner Bildung, so dass die CEI bis dahin noch weiterhin als Wahlkommission tätig ist.

Nichtsdestotrotz scheint der Wahlkampf bereits begonnen zu haben, die jeweiligen Kandidaten bringen sich langsam ins Gespräch und von den Abgeordneten sind vermehrte Aktivitäten in ihren Wahlkreisen zu verzeichnen. Die bis 2005 noch größte Oppositionspartei des Landes unter Etienne Tshisekedi, die UDPS, die die Wahlen 2006 noch boykottiert hatte, hat bereits bekannt gegeben, dieses Mal teilzunehmen. Jedoch erscheint der große Führer der UDPS, der 78 jährige Tshisekedi, ernsthaft krank zu sein und es erscheint fraglich, ob er tatsächlich den Wahlkampf oder gar eine Regierungszeit durchstehen würde. Einzelne Zeitungen spekulieren daher, dass Tshisekedi gar nicht als Kandidat antreten wird, sondern seine UDPS vielmehr eine Zusammenarbeit mit dem 56jährigen Oscar Kashala, dem viertplatzierten der Präsidentschaftswahlen 2006, anstrebt. Kashala ist ein kongolesischer Medizinprofessor, der in den USA als angesehener Arzt bei der Cambridge Biotech Corporation tätig ist und in der DR Kongo politisch noch nicht sonderlich in Erscheinung getreten ist.

Auch wird derzeit heftig über eine Zusammenarbeit von Vital Kamerhe und der MLC von Jean Pierre Bemba spekuliert. Diese Koalition hätte in der Tat Schlagkraft und würde die beiden größten Konkurrenten Kabilas vereinen. Vital Kamerhe war bis März letzten Jahres Parlamentspräsident, Mitglied der PPRD und hat seine Position im Streit mit dem Präsidenten aufgegeben. Er galt als Drahtzieher für die großen Wahlerfolge Kabilas mit über 90% im Jahr 2006 in den Kivu-Provinzen. Jean Pierre Bemba war bereits im Jahr 2006 der stärkste Konkurrent Kabilas und holte in der Stichwahl immerhin über 40% der abgegebenen Stimmen. Seine Partei, die MLC, ist de facto die stärkste Oppositionspartei im Parlament, auch wenn sie als diese kaum in Erscheinung tritt. Jean Pierre Bemba sitzt seit Mitte 2008 in Untersuchungshaft beim Internationalen Strafgerichtshof in den Haag wegen mutmaßlich begangener Kriegsverbrechen in Zentralafrika. Allerdings hat er bereits angekündigt, ebenfalls kandidieren zu wollen, sofern die MONUSCO für seine Sicherheit garantieren könne. Aus Kreisen der MLC war jedoch auch schon zu hören, er würde sicherlich nicht antreten.

Präsident Kabila hat sich bisher noch nicht dazu geäußert, ob er wieder kandidieren wird. Dies wird jedoch allgemein angenommen. Er gilt derzeit als haushoher Favorit.

5. Vertreter von Menschenrechtsorganisationen

Im Falle des Anfang Juni ermordeten Präsidenten der Menschenrechtsorganisation „Voix sans voix“, Floribert Chebeya, gibt es noch immer keine Aufklärung. Der Generalinspektor der kongolesischen Polizei, John Numbi, steht noch immer unter Hausarrest.

Insgesamt kann jedoch festgestellt werden, dass sich die Situation für Vertreter von Menschenrechtsorganisationen, Journalisten und Oppositionellen in den letzten Monaten erschwert hat. Die Berichte über das Verschwinden oder Einsperren von den entsprechenden Vertretern hat sich erhöht. Die letzten Fälle sind das „Verschwinden“ des Luftwaffengenerals Faustin Munene nach Plünderung seines Hauses, der, nach angeblichen Aussagen seines Sohnes, beschuldigt worden sein soll, einen Staatsstreich geplant zu haben. Etwa 14 Tage nach dem Verschwinden des Generals hieß es nun aus Militärkreisen, er würde sich in einem Militärgefängnis befinden.

Der in Belgien lebende Kongolese Armand Tungulu, der der belgischen Exilopposition angehören soll, wurde letzte Woche verhaftet, nachdem er einen Stein auf das vorbeifahrende Fahrzeug der Präsidentengarde geschmissen hat. Zwei Tage nach seiner Verhaftung beging er angeblich in seiner Zelle mit seinem Kopfkissen Selbstmord.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: GÖTZ HEINICKE, AUSLANDSMITARBEITER DR KONGO
REDAKTION: GÖTZ HEINICKE, AUSLANDSMITARBEITER DR KONGO
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.:+49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT AM: 13.10.2010